

«Sind nicht der Abfallkübel der Nation»

Niedergösgen Bundesamt für Energie lud zur Info-Veranstaltung betreffend Endlager ein

«Ihre Meinung ist gefragt.» Unter diesem Motto lud das Bundesamt für Energie in die Mehrzweckhalle Inseli nach Niedergösgen ein. Ziel war zu informieren, wo man am Ende der ersten Etappe des Auswahlverfahrens für ein Endlager für radioaktive Abfälle steht.

BEAT WYTENBACH

Laut Niedergösgens Gemeindepräsident Kurt Henzmann habe man am Montagabend in der Mehrzweckhalle Inseli für 380 Gäste Stühle bereitgestellt. Es stellte sich heraus, dass rund 170 Personen erschienen waren, um der Informationsveranstaltung betreffend ein mögliches Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in der Region Jurasüdfuss beizuwohnen. Eingeladen hatte das Bundesamt für Energie (BfE). Als Referenten erschienen waren Michael Aebersold (Projektleiter Sachplanverfahren BfE), Franz Schnider (Vizedirektor BfE), Hanspeter Jeseneg (Präsident Plattform Jurasüdfuss) sowie Regierungsräte Peter C. Beyeler (Aargau) und Landammann Walter Straumann (Solothurn).

Alle Standorte weiter dabei

Nach der Begrüssung durch den Landammann oblag es Schnider, kurz nochmals das dreietappige Auswahlverfahren für die Tiefenlager zusammenzufassen. Als Quintessenz hielt er fest, dass das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) dem Auswahlverfahren der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) zugestimmt habe und die

«SACHLICH DISKUTIEREN»

In Zusammenhang mit der BfE-Infoveranstaltung in Niedergösgen hat sich auch die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves) um ihren Präsidenten Kantonsrat Roland Fürst (Gunzgen) zu Wort gemeldet. Die Aves fordert, so die Medienmitteilung, die Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle «aktiv anzugehen». Die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen würden bestehen; der Nachweis für die technische Machbarkeit sei erbracht und von Experten wie vom Bundesrat anerkannt worden. Die Aves

hält dabei fest, dass «Sicherheit für Mensch und Umwelt» oberste Priorität habe. Es sei ein Privileg, dass die Bevölkerung dabei mitreden könne und nicht selbstverständlich. Entsprechend fordert die Aves die Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Mitspracherecht Gebrauch zu machen und zu einer Lösung beizutragen; dies «in einem sachlichen Dialog über die Vor- und Nachteile». Es sei «unethisch», die Lösung dieses Problems nachfolgenden Generationen zu überlassen. «Unsere Generation muss die Verantwortung übernehmen», fordert die Aves. (BW)

Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ihrerseits die Arbeit des Ensi überprüft und gutgeheissen habe. Die Quintessenz: Alle sechs möglichen Standorte seien immer noch im Rennen, und man habe unterdessen auch den provisorischen Planungssperimeter für die oberirdischen Zugangsbauteile festgelegt (wir berichteten).

Der Landammann seinerseits betonte im Rahmen des Anhörungsverfahrens die gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und den öffentlichen Ämtern; es sei wichtig, das entsprechende Wissen beizuziehen. Er hielt fest, dass die verschiedenen Anliegen der Gemeinden und Körperschaften ernst genommen würden, und er könne sich vorstellen, dass man beim BfE insbesondere auf die technische Situation sowie die bautechnischen Schwierigkeiten beim Bau eines Endlagers in der Jurasüdfuss-Region hinweisen werde. Dabei monierte er, dass der Wissensstand nicht in allen

sechs potenziellen Standortregionen gleich sei.

Sein Kollege Beyeler hielt fest, dass sein Kanton gleich mit drei möglichen Standorten (Jura-Südfuss, Bözberg und Nördlich Lägern) in die Sache involviert sei; 85 Gemeinden befänden sich gesamthaft in den einzelnen Planungssperimetern (dies bei 19 Gemeinden im Kanton Solothurn, Anmerkung der Redaktion). Für ihn war es wichtig, «dass wir vergleichbare Standortfaktoren haben». Es solle am Ende des Verfahrens der absolut sicherste Standort ausgewählt werden. «Standorte zu kaufen, wäre der falsche Weg», betonte Beyeler; eine Bemerkung, die ironische Zwischenrufe und Unmutsbezeugungen hervorrief. Er monierte ferner, dass den Körperschaften zu wenig Zeit beim Mitwirkungsverfahren zur Verfügung stehe.

Kenntnisstand erhöhen

Nachdem Hanspeter Jeseneg das Startteam und den Zweck der Plattform Jurasüdfuss vorgestellt



INFO-VERANSTALTUNG Landammann Walter Straumann begrüßte die Anwesenden. MARKUS MÜLLER



PODIUM UND PROTEST Ellinor von Kauffungen leitete die Diskussionsrunde mit Michael Aebersold, Franz Schnider, Walter Straumann, Peter C. Beyeler, Hanspeter Jeseneg, Felix Altorfer und Lena Poschet (linkes Bild, von links); der Verein «Niederamt ohne Endlager» (NoE) demonstrierte still vor der Mehrzweckhalle (rechts).



hatte (siehe Kontext), streifte Aebersold die Eckpfeiler der Etappe 2, welche ab Mitte 2011 in Angriff genommen werden sollen. Insbesondere sollten die Involvierten an allen sechs möglichen Standorten auf den gleichen Wissensstand gebracht werden. Hier sei es nötig, dass die Nagra aufzeigen müsse, ob die Standorte den Anforderungen wirklich genügen oder ob noch weitere Untersuchungen notwendig seien.

Ferner sei es das Ziel, dass eine Meinungsbildung in den Regionen stattfindet, dass die Bevölkerung weiter laufend informiert werde und sich auch einbringen könne und dass sozioökonomische Grundlagenstudien erstellt würden. Zudem gehe es darum, Strategien zur nachhaltigen Entwicklung der Regionen zu erarbeiten und die Lagerprojekte zu konkretisieren. Am Schluss der Etappe 2 müsse die Nagra zwei Standorte für hochradioaktive Abfälle und zwei Standorte für schwach- bis mittelradioaktive Abfälle präsentieren können.

«Materie ist sehr komplex»

In der anschließenden Diskussionsrunde, die von Medienberaterin Ellinor von Kauffungen (bekannt aus Radio und

Fernsehen) moderiert wurde und zu der sich noch Ensi-Vertreter Felix Altorfer sowie ARE-Vertreterin Lena Poschet (ARE: Bundesamt für Raumentwicklung) gesellten, wurde noch einmal deutlich, dass die kurzen Mitwirkungsfristen etlichen Protagonisten sauer aufstießen.

Unter anderem wurde auch betont, dass gerade kleinere Gemeinden mit Milizpolitikern oft überfordert seien. «Die Materie ist sehr komplex», meinte Regierungsrat Beyeler etwa. Und der ebenfalls anwesende Nagra-Geschäftsleitungsvorsitzende Thomas Ernst räumte ein, dass es gelte, noch weitere Daten zu sammeln, um dem Ungleichgewicht im Wissensstand bei den Standorten zu begegnen. «Aber in Etappe 2 ist noch nicht so viel Wissen erforderlich wie in Etappe 3, wenn es ums Rahmenbewilligungsverfahren geht», zeigte er sich überzeugt.

«Eher ein Einstellungsverfahren»

In der anschließenden Diskussionsrunde erhielt das Publikum Gelegenheit, seine Sorgen und Ängste zu äussern. «Das Niederamt erhält mit einem solchen Endlager ein schlechtes Image. Wir wollen nicht zum

Abfallkübel der Nation werden», war mehr als einmal zu hören. Die langen Zeiträume der Überwachung nach dem Bau der Endlager waren ferner ebenso Thema wie das Mitwirkungsverfahren. «Dieses ist eher ein Einstellungsverfahren», monierte Kantonsrat Urs Huber (Oberbösgen), der sich überzeugt zeigte, dass die Endlagervergabe schliesslich politisch entschieden werde. «Das Endlager kommt nicht dorthin, wo sich die Leute nicht wehren. Es ist auch nicht so, dass diejenige Region, die sich am lautesten dagegen vernehmen lässt, es nicht erhält», liess sich Aebersold dazu vernehmen.

Im grossen Ganzen verlief die Veranstaltung – abgesehen von ein paar Zwischenrufen – sachlich, und die Gegnerschaft hielt sich dezent im Hintergrund; einzig der Verein NoE (Niederamt ohne Endlager) hatte gelbe, mit Radioaktivitätssymbolen versehene Fässer vor dem Eingang der Mehrzweckhalle deponiert, wo die Mitglieder unter anderem ihre Broschüre «Atomüll XY ungelöst – vom Traum, eine technische Lösung zu finden» verteilte. Die aufgebotene Polizeipatrouille blieb entsprechend beschäftigungslos.

Plattform als Mittlerin und Vertrauensmedium

Starteampräsident und alt Gemeindepräsident von Gretzenbach, Hanspeter Jeseneg, erhielt Gelegenheit, die Plattform Jurasüdfuss vorzustellen, die sich paritätisch aus Vertretern der Kantone Aargau und Solothurn zusammensetzt. Die Hauptaufgaben, so Jeseneg, sei es, über das Sachplanverfahren zu informieren, die beteiligten Personen weiterzubilden, in Gremien des BfE mitzuarbeiten, die Meinungen der Region zum Thema anzuhören und zu bündeln und mitzuhelfen, «unser regionales Wissen dezent einzubringen».

Dazu brauche es zwei Voraussetzungen: Eine unabhängige Positionierung gegenüber BfE, Nagra und Kanton sowie die Gewinnung des Vertrauens seitens der Bevölkerung und der Korporationen. Die Plattform

wolle als fairer Partner wahrgenommen werden, der die Anliegen der Region beim BfE einbringe. «Für die Gegner dürfen wir nicht die Atomturbos sein und für die Behörden nicht die Laufburschen des BfE», bekräftigte Jeseneg.

Die Plattform befinde sich noch in der Aufbauphase, hielt der Präsident fest und erklärte, was man schon gemacht habe. Zurzeit sei man dabei, «alle möglichen Player in der Region zu erfassen». Sie sieht sich unter anderem auch als Anlaufstelle für die kleinen Gemeinden zuhänden der Planungsverbände PRA (Planungsverband Region Aarau) und GPN (Gemeindepräsidentenkonferenz Niederamt). – Weitere Infos zur Plattform können auf der aufgebauten Homepage abgerufen werden (www.jura-suedfuss.ch). (BW)

Wegbegleitung in schwierigen Lebenslagen aufzeigen

Erlinsbach SO Der zukünftige Pastoralraum von sechs römisch-katholischen Pfarrkreisen will Infoabende und Einführungskurse anbieten

Der zukünftige Pastoralraum der römisch-katholischen Pfarreien im Gösgeramt will das Projekt «Wegbegleitung im Niederramt» ins Leben rufen. Einsame Menschen sollen wieder zur Teilnahme am Leben in der Öffentlichkeit ermuntert werden. Morgen Donnerstagabend wird in Erlinsbach SO informiert.

In unserer immer schneller werdenden Gesellschaft gibt es immer mehr Personen, die sich in einer schwierigen Lebenslage befinden. Viele können den Stress oder die Einsamkeit nicht mehr alleine bewältigen und suchen daher in besonders schwierigen Zeiten Hilfe bei sozialen Organisationen oder der Kirche. Der zukünftige Pastoralraum der römisch-katholischen Pfarreien Erlinsbach, Niedergösgen, Lostorf, Oberbösgen, Stüsslingen-Rohr und Winznau

hat zusammen mit der Fachstelle Diakonie und Soziale Arbeit der römisch-katholischen Kirche im Kanton Solothurn das Projekt «Wegbegleitung im Niederramt» ins Leben gerufen.

Anspruchsvolle Aufgaben

Die Freiwilligen des Angebots der Wegbegleitung helfen den betroffenen Menschen bei der Bewältigung ihrer Einsamkeit oder sonstigen Notsituationen. Sie unterstützen beim Knüpfen von neuen Kontakten, suchen gemeinsam mit den Hilfsbedürftigen nach Lösungen und unterstützen bei den Bemühungen, wieder am Dorfleben teilzuhaben. Die Einsätze sind zeitlich befristet. Die Begleitung ist eine menschlich und sozial anspruchsvolle Arbeit, an der nicht nur die Hilfsbedürftigen wachsen können.

Die Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren komplexer geworden, und die Freiwilligen werden mehr denn je

gefordert. Darum erhalten sie beim Angebot Wegbegleitung in Einführungskursen das nötige Rüstzeug zur Unterstützung der Notleidenden Personen.

Infoabende und Kurse

Das Angebot «Wegbegleitung im Niederramt» startet im November mit einem Einführungskurs für Freiwillige. Am Informationsabend von morgen Donnerstag, 9. September, um 20 Uhr im Pfarreisaal der katholischen Kirche Erlinsbach SO (Zielwegli 2) wird das Projekt Interessierten aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen näher erläutert. Wenn das Interesse geweckt wurde, kann man sich anschliessend für den Einführungskurs anmelden und Grundkenntnisse für die Begleitung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen erwerben. Folgende Themen werden in den Kursen behandelt:

- Einführung und Motivation in die

Freiwilligenarbeit

- Zuhören, empfinden, verstehen, reden – was heisst das?
- Richtiges Helfen, aber wie?
- Kennenlernen von sozialen Institutionen, die für den Einsatz in der Wegbegleitung wichtig sind.

Das Absolvieren eines Einführungskurses verpflichtet zu nichts. Alle Teilnehmenden erhalten am Schluss eine Kursbestätigung. Für die Kursleitung ist Maria Bötschi, Leiterin der Fachstelle Diakonie und Soziale Arbeit der römisch-katholischen Kirche des Kantons, verantwortlich. Detaillierte Kursunterlagen und nähere Infos sind bei der Kontaktstelle Wegbegleitung im Niederramt (Pfarrer Stefan Kemmler, Erlinsbach SO, Telefon 062 844 02 21) erhältlich.

Wer profitiert vom Projekt?

Es profitieren alle Seiten: Die Menschen in schwierigen Lebenssituationen

erhalten eine gute Begleitung. Die Freiwilligen erweitern durch die Schulung und die Austauschtreffen ihre Kompetenzen. Die Pfarreien können ein weiteres Angebot machen, das auf eine Not der Zeit eingeht, und somit ihr diakonisches Handeln verstärken. Die Hoffnung ist berechtigt, dass durch dieses Projekt viele Menschen in schwierigen Lebenssituationen bald ein Stück Entlastung erfahren dürfen. (SKE)

INFOS:

Informationsabend für Interessierte: Donnerstag, 9. September, im Pfarreisaal (Zielwegli 2) der römisch-katholischen Kirche Erlinsbach SO um 20 Uhr; – **Einführungskurs:** Mittwoch, 10., 17. und 24. November sowie Samstag, 4. Dezember, im Pfarreisaal (Zielwegli 2) der römisch-katholischen Kirche Erlinsbach SO.